M A N D A T S V E R E I N B A R U N G

zwischen

.....

- Auftraggeber -

und der Kanzlei **Konze & Krämer, Rechtsanwälte, Weigelstr. 6, 92637 Weiden**

- Auftragnehmer -

wird in Sachen

...../.....

wegen .....

und für die mit dieser Beauftragung zusammenhängenden künftigen weiteren Aufträge folgendes vereinbart:

1. Das Mandatsverhältnis kommt ausschließlich zwischen dem Auftraggeber und der Kanzlei Konze & Krämer zustande.
2. Die Verpflichtungen aus dem Mandat sind am Kanzleisitz zu erfüllen, sofern nicht eine anderweitige Vereinbarung getroffen wird.
3. Die Beauftragten sind zur Verschwiegenheit verpflichtet. Die Beauftragten werden jedoch insoweit von der Schweigepflicht entbunden, als andere zur Berufsverschwiegenheit verpflichtete Personen mit Einverständnis des Auftraggebers hinzugezogen werden sollen. Die Beauftragten sind berechtigt, anderen zur Berufsverschwiegenheit verpflichteten Personen Untervollmacht zu erteilen. Die Beauftragten werden zudem gegenüber einer Rechtsschutzversicherung des Auftraggebers von der Schweigepflicht entbunden, soweit es die Abrechnung des Mandats betrifft.
4. Die Haftung aus dem Mandatsverhältnis erstreckt sich nur auf den oben genannten Auftraggeber. Eine Inanspruchnahme des Auftragnehmers durch Dritte ist ausgeschlossen; dies gilt insbesondere für Geschäftsführer und Gesellschafter des Auftraggebers. Das Mandat entfaltet insoweit keine Schutzwirkung.
5. Die Haftung des Auftragnehmers aus dem zwischen ihm und dem Mandanten bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines durch einfache Fahrlässigkeit verursachten Schadens wird hiermit auf 2.000.000,00 EUR beschränkt. In dieser Höhe besteht Versicherungsschutz. Die Haftungsbeschränkung gilt nicht, wenn der Schaden grob fahrlässig oder vorsätzlich verursacht worden ist, ferner nicht für die Haftung für schuldhaft verursachter Schäden wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit einer Person.
6. Rechtsmittel und Rechtsbehelfe gegen behördliche oder gerichtliche Entscheidungen, die nach Auftragserteilung ergehen, werden nur bei entsprechender weiterer Beauftragung eingelegt.
7. In Ehesachen haftet der beauftragte Rechtsanwalt weder für die Vollständigkeit noch für die Richtigkeit oder Echtheit der für die Versorgungsausgleichsberechtigung vorzulegenden Unterlagen oder der von den Versorgungsträgern erteilten Auskünfte, insbesondere der errechneten Anwartschaften.
8. In arbeitsgerichtlichen Verfahren ist dem Auftraggeber bekannt, dass in 1. Instanz auch für die obsiegende Partei kein Anspruch gegen den Gegner auf Entschädigung wegen Zeitversäumnis und auf Erstattung der Kosten für die Hinzuziehung eines Prozessbevollmächtigten oder Beistands besteht. Diese Kosten müssen stets vom Auftraggeber getragen werden.
9. Soweit nichts anderes vereinbart ist, richtet sich die Abrechnung der anwaltlichen Tätigkeit nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG), wobei sich die Höhe einer nach dem RVG zu erhebenden Gebühr mit Ausnahme von Strafverfahren und Ordnungswidrigkeitenverfahren nach dem Gegenstandswert richtet.

   Für die Beratung und die Erstellung von Gutachten durch Rechtsanwälte soll eine gesonderte Honorarvereinbarung getroffen werden; wird dies unterlassen, so ist der Auftragnehmer gem. §315 BGB berechtigt, ein angemessenes Honorar im Sinne der §§ 612 Abs. 2, 632 Abs. 2 BGB festzusetzen.

   Kosten für Abschriften, Ablichtungen, Lichtbilder, deren Anfertigung sachdienlich ist, sind unabhängig von der gesetzlichen Erstattungsfähigkeit vom Auftraggeber zu tragen. Gleiches gilt für Abfragen von Datenbanken.
10. Der Auftraggeber tritt hiermit seine gegenwärtigen oder zukünftigen Kostenerstattungsansprüche gegenüber dem Gegner, der Justizkasse oder sonstigen erstattungspflichtigen Dritten in Höhe der Kostenansprüche der Kanzlei an diese ab. Er ermächtigt gleichzeitig, diese Abtretung offenzulegen. Die Abtretung wird angenommen.

    Der Auftraggeber ist damit einverstanden, dass eingehende Geldbeträge vorab zur Deckung der jeweils fälligen Gebühren und Auslagen verrechnet werden. Von den Beschränkungen des § 181 BGB sind die Beauftragten befreit.
11. Sofern Beratungs- / Verfahrens- / Prozesskostenhilfe (auch: nachträglich) beantragt, aber nicht bewilligt wird, fallen für die Tätigkeit des Auftragnehmers die gesetzlichen Gebühren an. Gleiches gilt, wenn die Bewilligung aufgehoben wird oder aus anderen Gründen entfällt.
12. Die zur Bearbeitung des Mandats benötigten persönlichen Daten des Auftraggebers werden unter Beachtung der Bestimmungen des Datenschutzes elektronisch gespeichert und verarbeitet.
13. Hiermit erklärt der Auftraggeber gegenüber dem Auftragnehmer, dass er die Übermittlung von personenbezogenen Daten und Unternehmensdaten ohne weitere Sicherungsmaßnahmen und insbesondere unter Verzicht auf eine Verschlüsselung wünscht. Der Auftragnehmer ist ausdrücklich auf die Gefahren des ungeschützten E-Mail-Verkehrs hingewiesen worden und gibt diese Erklärung, die nur in Textform widerrufen werden kann, in Kenntnis dieser Gefahrenlage ab.

Weiden, den .....

_____

(Unterschrift/en) Auftraggeber

Weiden, den .....

_____

(Unterschrift/en) Auftragnehmer

Informationen gemäß DL-InfoV:

Konze & Krämer
Rechtsanwälte

Rechtsform:

Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)

Gesellschafter und Berufsträger:

Patrick Konze
Rechtsanwalt,
Fachanwalt für Bau- und Architektenrecht

Christine Krämer
Rechtsanwältin

Angestellte Berufsträger:

Julia Langgärtner (im Angestelltenverhältnis)
Rechtsanwältin
Fachanwältin für Familienrecht

Tobias Konze (in freier Mitarbeit)
Rechtsanwalt

Kontakt:

Konze & Krämer
Rechtsanwälte
Weigelstr. 6
D-92637 Weiden
Telefon +49 (0) 961 / 419925
Telefax +49 (0) 961 / 419926
E-Mail: info@konze-kraemer.de
Internet: www.konze-kraemer.de

Berufsbezeichnung und zuständige Kammer:

Die Berufsbezeichnung „Rechtsanwalt" / „Rechtsanwältin" sowie die Bezeichnung „Fachanwalt" wurde jeweils in Deutschland verliehen. Die in der Kanzlei tätigen Partner und angestellten Berufsträger sind - soweit nicht ausdrücklich anders angegeben - Mitglieder folgender Kammer, die als Aufsichtsbehörde für sie zuständig sind:

Rechtsanwaltskammer für den Oberlandesgerichtsbezirk Nürnberg
Fürther Str. 115, 90429 Nürnberg
Tel.: 0911/92633-0
Fax: 0911/92633 33
Internet: www.rak-nbg.de

Steuernummer:
255/166/ 05203 Finanzamt Weiden

Umsatzsteuer-IdNr:
DE278898991

Berufshaftpflichtversicherung:
Die Berufshaftpflichtversicherung besteht bei der ERGO Versicherung AG (ehemals Victoria), ERGO-Platz 1,40477 Düsseldorf. Der räumliche Geltungsbereich des Versicherungsschutzes umfasst Tätigkeiten in den Mitgliedsländern der Europäischen Union und genügt so mindestens den Anforderungen des § 51a i. V.m. § 51 Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO).

Datenschutz:
Auf die nachfolgenden Hinweise zur Datenverarbeitung wird verwiesen.

Allgemeine Geschäftsbedingungen:
Es gilt die vorstehende Mandatsvereinbarung.

Hinweise zur Datenverarbeitung

1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen sowie des externen Datenschutzbeauftragten

Diese Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung durch:

Verantwortlicher:

Rechtsanwälte
Konze & Krämer
Weigelstraße 6
92637 Weiden
eMail: info@konze-kraemer.de

Der betriebliche Datenschutzbeauftragte ist zu erreichen wie folgt:

Rechtsanwälte
Konze & Krämer
z.Hd. des Datenschutzbeauftragten
Weigelstraße 6
92637 Weiden
eMail: datenschutz@konze-kraemer.de

2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Wenn Sie uns mandatieren, erheben wir folgende Informationen:

- Anrede, Vorname, Nachname,
- eine gültige E-Mail-Adresse,
- Anschrift,
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)
- Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie als unseren Mandanten identifizieren zu können;
- um Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können;
- zur Korrespondenz mit Ihnen;
- zur Rechnungsstellung;
- zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie;

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich.

Die für die Mandatierung von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurden) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

3. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Rechtsschutzversicherungen, Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

4. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen;
- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von

Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;

- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

5. Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.

Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an datenschutz@konze-kraemer.de.

Hinweise zur Datenverarbeitung erhalten:

_____

(Unterschrift/en) Auftraggeber